

*Obmänner-Sammlung*

heuer das ungünstigste Jahr, denn die Kartoffeln aus Gegenden mit lehmigen Boden seien infolge der nassen Witterung der letzten Monate schlecht; sie werden beim Kochen braun und ungenießbar. Die Leute in der weiteren Umgebung Wiens verfüttern lieber ihre Kartoffeln, da sie sich von den Wienern die Preise nicht diktieren lassen wollen. Die Preisdifferenz zwischen den Futtermitteln und den Kartoffeln sei so gering, daß die Bauern lieber ihre Kartoffeln verfüttern. Es müssen ernste Vorstellungen der Regierung gemacht werden, damit sie auf die Beschickung der Märkte Rücksicht nehme. Er sei einverstanden, daß die Gemeinde die bei den Kartoffelankäufen eintretenden Verluste trage.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner schlägt vor, deputation zum Ministerpräsidenten zu gehen und in der Kartoffelfrage vorstellig zu werden.

Gem.-Rat Emmerling erklärt sich mit der Audienz beim Ministerpräsidenten einverstanden; es solle auch dagegen protestiert werden, daß auf eine solche Weise gegen eine 2 Millionenstadt vorgegangen werde.

Die Verordnung werde ausgearbeitet und erlassen, ohne daß die Gemeinde, deren vitalste Interessen berührt werden, vorher befragt worden wäre. 1 1/2 Millionen Soldaten seien seit Kriegsbeginn als Verwundete in Wien verpflegt worden; dieser Umstand habe den Wiener Konsum arg geschädigt. Es müsse der Regierung erklärt werden, die Gemeinde könne für diese Maßnahme keine Verantwortung übernehmen. Er begrüße es, daß die Gemeinde so viele Schlüsse auf Kartoffel gemacht habe und gebe seine volle Zustimmung, daß die Gemeinde den Verlust bei diesen Käufen trage, doch müsse dies die Bevölkerung auch erfahren; ferner müsse der Bevölkerung auch mitgeteilt werden, daß die Gemeinde infolge dieser Verordnung große Verluste erleide. Man müsse der Regierung erklären, daß in Zukunft ein derartiger Vorgang nicht mehr stattfinden dürfe und daß die neue Verordnung aufgehoben werden solle.

Vize-Bürgermeister Rain führt aus, daß die Gemeinde in den kommenden acht Monaten infolge der neuen Verordnung einen Verlust von zirka 4 1/2 Millionen Kronen erleiden würde.

Gem.-Rat Dr. v. Dorn stimmt den beiden Vorgesetzten zu. Es müsse getrachtet werden, weitere Bezugsorte für Kartoffel heranzuziehen, und fragt an, ob es nicht möglich wäre, aus Galizien oder Wolhynien Erdäpfel zu bekommen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß er die Absicht hatte, zwei Delegierte der Gemeinde Wien nach Rußisch-Polen zu entsenden, um dort Einkäufe zu besorgen. Als er sich um die nötigen Legitimationen an die Militärbehörde wendete, habe er vom Kreiskommando Kielce die telegraphische Mitteilung erhalten, daß wegen Knappheit an Lebensmitteln die Entsendung von Delegierten voraussichtlich resultatlos sei.

Gem.-Rat Steiner erklärt, daß es eine alte Erscheinung sei, daß, sobald die Regierung eine Verordnung erlasse, der Preis des bezüglichen Artikels steige. Die Regierung hätte sich vor Erlassung der Verordnung mit den städtischen Ämtern ins Einvernehmen setzen sollen. Vielleicht könnten die Schlüsse der Gemeinde terminiert werden, da die Kartoffel in späteren Zeitpunkten dem Verderben unterliegen werden. Auch seien die Gefangenenlager für die Approvisionnement ein großer Nachteil, da diese die ganzen Lebensmittelvorräte der Umgebung aufbrauchen.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller führt aus, daß die Gemeinde als politische Behörde I. Instanz verpflichtet sei, eine Reihe von Verordnungen auszuführen. Die Kundmachung dieser Verordnung trage entweder die Unterschrift des Bürgermeisters oder des Magistrates. Der Unwillen der Bevölkerung richte sich daher gegen den Bürgermeister oder den Magistrat und es werde die Bevölkerung sagen, die Wiener Verwaltung sei unfähig.

In der Audienz beim Ministerpräsidenten solle angedeutet werden, daß die Gemeinde nicht mehr in der Lage sein werde, die Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises weiterzuführen. Bezüglich der Anfrage des Gem.-Rates Dr. v. Dorn könne er versichern, daß aus Galizien nichts zu bekommen sei. Die Bevölkerung hungere dort und werde von der Regierung von einem Monat auf den andern vertröstet. Er erkläre sich mit allen Maßnahmen der Gemeinde einverstanden, doch müsse er seinem Befremden darüber Ausdruck verleihen, daß die Regierung auf Kosten der Gemeinde Approvisionierungspolitik betreibe. Vielleicht könnte von der Regierung verlangt werden, daß die Durchführung dieser Verordnung solange suspendiert werde, bis in Ungarn die Höchstpreise für Kartoffeln eingeführt worden seien.

Gem.-Rat Schmid unterstützt die Anregung des Gem.-Rates Emmerling, zu veröffentlichen, was die Gemeinde auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung getan habe. Auch der Meinung des Gem.-Rates Dr. Schwarz-Hiller, eine Suspension dieser Verordnung zu verlangen, pflichte er bei.

Die Obmänner-Konferenz faßt sogleich einstimmig folgende Beschlüsse:

1. Da nach § 9 der Verordnung ihre Bestimmungen nur auf den Bezug aus dem Zollauslande keine Anwendung finden, ist zu besorgen, daß die für Wien so wichtigen Kartoffelzufuhren aus Ungarn ausbleiben und sich dadurch eine empfindliche Kartoffelnot in Wien geltend mache. Die Regierung wird daher aufgefordert, alles aufzubieten, um Kartoffelzufuhren nach Wien in ausreichendem Maße sicherzustellen.

2. Die Gemeinde Wien wird zwar die Verordnung, die ohne ihre Mitwirkung zustande gekommen ist, in dem ihr übertragenen Wirkungskreise selbstverständlich pflichtgemäß durchführen, muß aber von vornherein jede Verantwortung für deren Rückwirkung auf die Approvisionnement der Stadt ablehnen.

3. Der Bericht des Magistrates über die bisherigen Maßnahmen der Gemeinde zur Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln sowohl durch eigenen Anbau als auch durch Ankauf von rund 100.000 q wird zur Kenntnis genommen und genehmigt, daß der aus den Ankaufspreisen im Vergleich zu den nunmehr festgesetzten Höchstpreisen sich ergebende Verlust von der Gemeinde getragen werde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bringt die nachstehende Gesamtübersicht über die Aufnahme der Vorräte an Hülsenfrüchten mit dem Stichtage vom 12. September 1915 zur Kenntnis und teilt mit, daß in dieser Angelegenheit an die Regierung berichtet und der Jahresbedarf für die Gemeinde Wien angefordert wurde. Eine Erledigung seitens der Regierung sei bisher nicht erfolgt. Auch eine Petroleumknappheit zeige sich wieder, da alles Rohöl mit Beschlagnahme belegt wurde, außerdem habe sich unsere Regierung verpflichtet, 6000 Zisternen nach Deutschland zu liefern.